

Mit Christine Tönicke, Fremdenberger im Studio, guten Abend.
Rückwärtsgewandt und ohne Visionen trotz grüner Kritik an der Kanzlerrede hält Karl Nehammer die Koalition für intakt.
Bei den Regierungsverhandlungen in Niederösterreich stellt die FPÖ der ÖVP harte Bedingungen.
Die SPÖ steuert auf einen Sonderparteitag zu.
Der nationale Volkskongress in Peking ist zu Ende.
Staats- und Parteichef Xi setzt auf ein starkes Militär.
Der Kollaps der Silken Valleybank in den USA erschüttert die Finanzmärkte.
Größere Risiken für das europäische Bankensystem sehen österreichische Experten nicht.
Es soll häufiger gestraft werden, die EU-Finanzminister ringen um eine Reform der Schuldenregel.
Und die Arbeiter kam er warned vor Fallen beim Interneteinkauf.
Franziskus, 10 Jahre Papst, das Thema heute im Journal Panorama.
Und den Anfang macht jetzt Jörg Stiebauer mit der Wetterpognose.
Bis Mitternacht bleibt es noch meist trocken.
Dann beginnt es von Voradelberg bis Kärnten zu regnen.
Und morgen breitet sich der Regenrasch weiter aus.
Zeitweise wird es dann in weiten Teilen Österreichs regnen.
Schneefeld vorerst nur oberhalb von 1200 bis 1700 Meter.
Im Südosten bleibt es aber stellenweise durchgehend trocken.
Und hier sind noch bis zu 18 Grad möglich.
Meist werden es aber nur noch 6 bis 13 Grad.
Dazu beteil's lebhafter bis starker Wind aus Süd bis West.
In der Nacht auf Mittwoch schneidet es dann an der Alpen-Nordseite zum Teil bis in Tiefelagen.
Eine Rede zur Zukunft der Nation sollte es werden.
Der Auftritt von Bundeskanzler Karl Nehammer am vergangenen Freitag.
Dass dabei einige Aussagen kamen, z.B. das Festhalten an Autos mit Verbrennungsmotor,
die gegen die Linie des Koalitionspartners sind, sorgt für Kritik bei den Grünen.
Von einer rückwärtsgewandten und fossilen Perspektive spricht die Grüne Klubobfrau Sigrid Maurer.
ÖVP-Chef Kanzler Nehammer beruhigt heute, an der Koalition festhalten wollen beide Parteien.
Peter Daser.
An der Rede von Karl Nehammer können Sie wenig Visionäre erkennen, sagt die Grüne Klubobfrau Sigrid Maurer.
Auch wenn die Rede als Plan fürs Jahr 2030 angekündigt war.
Besonders beim Thema Klimakrise, sagt Maurer.
Auch wenn man die Augen ganz fest zudrückt, geht die Klimakrise nicht weg.
Wer sein Land liebt, und das erwarte ich mir doch von einem Kanzler, der muss wohl eine positive Zukunftsvision davon haben,
wie wir die Schönheit unserer Natur bewahren können, die wir saubere Luft haben,
kein Gift auf unseren Feldern, keine Abhängigkeit von Diktatoren.
Dazu hat er nichts geliefert.
Die Grünen dagegen seien Treiber für Klimafragen, sagt Sigrid Maurer und nennt Beispiele für umgesetzte Vorhaben,
wie das Klimaticket oder das Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz.

Dass die ÖVP in dieser Frage leider eine so rückwärtsgewandte und fossile Perspektive hat, ist enttäuschend.

Eine Partei, die noch dazu den Kanzler stellt, muss doch bitte eine positive Zukunftsvision haben, davon, wie wir diese Krise bewältigen und nicht die Augen davon verschließen, auch insbesondere für unsere Wissenschaft.

Trotzdem, an der Koalition mit der ÖVP hält die Grüne Klub darauf fest, man fühle sich den grünen Themen verpflichtet.

Auch von ÖVP-Obmann und Bundeskanzler Karl Nehammer kommen heute letztlich kalmierende Worte.

Also die Zusammenarbeit mit der Grünen und Parteien, mit dem Koalitionspartner ist nach wie vor sehr gut.

Ich habe mit Ihnen vor der Rede gesprochen und auch nach der Rede.

Was war wichtig?

Mir persönlich war wichtig, dass nach einem Jahr Krisenmanagement, jetzt an der Zeit ist auch meine Sicht der Dinge zu zeigen und meine Visionen für die Zukunft Österreich bis 2030.

Nehammer hatte sich in seiner Rede insbesondere gegen ein Verbot für Autos mit verbrenner Motor ausgesprochen.

Zur Kritik Maurers sagt er,

Man muss nicht immer einer Meinung sein, auch wenn man in der Koalition ist, entscheidend ist, dass ich der Meinung bin,

dass man sich jetzt nicht zu schnell festlegen soll auf das, was man ausschließt.

Das Regierungsprogramm G bis 2024 so Nehammer.

Die Legislaturperiode werde man gemeinsam mit den Grünen fertig dienen.

Sozialleistungen für zugewanderte soll es künftig in vollem Umfang nur für jene geben, die mindestens fünf Jahre im Land sind.

Das hat Bundeskanzler Nehammer in seiner Rede am Freitag auch angekündigt.

Das Modell werde sich an EU-Recht orientieren versicherte Nehammer.

Wer genau mit der Regelung erfasst werden soll, ist noch unbekannt.

Von den Grünen kommt eine Absage.

Berte Tomasowicz.

EU-Bürgerinnen und Bürger, deren Angehörige oder auch Asylberechtigte haben die gleichen Rechte wie Inländerinnen und Inländer.

Kürzungen könnten nur sehr wenige Menschen betreffen, sagt Franz Leidenmühler, Europa-Rechtler Uni Linz.

Diese Restmenge, die hier bleiben würde, wären Trittstatter, die sich nicht in einem Asylverfahren befinden,

die keine Angehörigen von EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern sind,

sondern ganz normale Trittstatter, die sich noch nicht fünf Jahre in Österreich auffallen.

Für wen nun genau die Kürzung für Zugewanderte gelten soll, dazu sagt Bundeskanzler Karl Nehammer heute in einem Hintergrundgespräch folgendes.

Es geht tatsächlich für Menschen, die aus Trittstaaten zu uns kommen.

Es geht hier vor allem um die irreguläre Migration, hier um die Zuwanderung sozusagen ins Sozialsystem, die unterbunden werden muss und das ist das Ziel.

Mit dem derzeitigen Koalitionspartner den Grünen, wird eine Kürzung der Sozialleistungen nicht möglich sein, stellt Sozialminister Johannes Rauch klar.
Das war eine Rede des ÖVP-Parteibosses. Er hat seine Positionen dort offensichtlich klargestellt.
Wir haben andere in Österreich, die allen Hilfe bieten, die sie brauchen.
Wir sind sicher zu haben für die Kürzung oder Halbierung von Sozialleistungen. Das sieht sich mit uns nicht aus.
Sozialleistungen wie die Mindestsicherung kommen nur dann zum Tragen, wenn jemand keinen Job hat.
Wenn Trittstetter Angehörige in Österreich arbeiten, dann haben sie Anspruch auf alle Sozialleistungen, auch wenn sie noch keine fünf Jahre da sind.
In Niederösterreich sind die Regierungsverhandlungen zwischen ÖVP und FPÖ heute fortgesetzt worden.
Zum Mittag haben die Parteien über Fortschritte informiert.
Das ursprünglich gemeinsam geplante Statement von Johanna Mikl-Eitner und Udo Landbauer ist aber kurzfristig auf nacheinander geändert worden.
Nicht der einzige Hinweis auf atmosphärische Störungen, berichtet Robert Salzer.
ÖVP-Chefin Johanna Mikl-Eitner spricht davon, dass es schwierige Verhandlungen mit der FPÖ sein.
Sie wissen, dass gerade in den letzten Jahren es kein vertrauliches Verhältnis, auch kein Vertrauen zwischen der Volkspartei Niederösterreich und der FPÖ Niederösterreich gegeben hat.
Wir müssen dabei beide über unseren Schatten springen.
Gelingen das sei eine Zusammenarbeit möglich, so Mikl-Eitner.
Der Wille dazu ist von beiden Seiten da, aber Stand heute kann ich es Ihnen nicht sagen, ob wir das auch tatsächlich schaffen.
FPÖ Landesparteiobmann Udo Landbauer kritisiert, dass sich die ÖVP zu wenig bewege.
Der demokratische Machtverlust, der ist dann noch nicht in allen Köpfen angekommen.
Er wird aber definitiv dort ankommen, müssen um einen Weg auch sicherzustellen, der diesem viel zitierten Wählerwilen auch gerecht wird.
Denn anders wird es eben nicht gehen.
Landbauer macht die Aufarbeitung der Corona-Zeit und der Maßnahmen zum Knackpunkt.
Die ÖVP Niederösterreich muss, wenn sie so wollen, in gewisser Weise vom Corona-Saulus zum Corona-Paulus werden.
Und diese tätige Reue muss in Form einer Phase der Gerechtigkeit, Entschädigung und der lückenlosen Aufklärung erfolgen.
Die Verhandlungen über diesen Punkt sind zurzeit im Gange.
Informationen dazu gibt es noch keine.
Auf einen vorgezogenen Parteitag steuert die SPÖ zu,
denn nach dem Präsidium hat parteivorsitzende Pamela Rendi-Wagen auch einen Vorstand für Mittwoch einberufen lassen.
Dieser kann im Gegensatz zum Präsidium gleich einen Parteitag beschließen.
Und während sich die einen im Vorfall, im Vorfeld für einen solchen aussprechen, zweifeln andere an der Sinnhaftigkeit.
Victoria Waldecker informiert.
Die Situation in der SPÖ ist Verfahren.
So beschreibt es Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser in einem Interview mit der

Kronenseitung.

Er hoffe, dass sich das Präsidium am Mittwoch auf einen Parteitag einige, erklärt er weiter.

Tirol S. Landeshauptmann stellvertreter Georg Dornauer ist anderer Meinung.

Ich denke, es ist jetzt nicht die Zeit für einen Sonderparteitag.

Ich glaube, dass wir am Mittwoch klar schiefmachen werden und werden müssen, dass jeder und jede, die an der jeweiligen politischen Position sitzt und zu arbeiten hat, diese Arbeit auch vollgeleistet.

Auch die Abgeordnete Selma Yildirim spricht sich heute gegen einen Parteitag aus.

Hört das dann auf diese öffentliche Diskussion?

Ich kann es mir irgendwie nicht vorstellen. Es wird dann nur noch mehr befeuert.

Jörg Eichfried, Klub-Vicee und enger Vertrauter von Parteichefin Randy Wagner, kann sich dagegen sehr wohl einen Parteitag vorstellen.

Wer sich selbst als besserer Parteichef sehe,

muss sich das am Mittwoch deklarieren, vor der zuletzt bei OF-3.

Entweder gibt es niemanden, der sich deklariert, dann ist damit auch beendet.

Oder es deklariert sich, dann braucht es eine rasche, verbindliche Entscheidung.

Und da ist meines Erachtens ein schneller Bundesparteitag.

Das ist ein wesentlicher, guter Instrument.

Viele andere Mitglieder des SPÖ-Parteipräsidiums geben sich heute bedeckt.

Sie wollen sich vor der Präsidiumssitzung nicht äußern.

Auch Bogenlands Landeshauptmann Hans-Peter Doskuzil, bekannt für seine Querschüsse, bleibt heute ruhig.

Er wird auf Einladung von Randy Wagner ebenfalls an der Sitzung am Mittwoch teilnehmen.

Im Anschluss zur Präsidiumssitzung wird sich auch der Parteivorstand treffen, damit können mögliche Entscheidungen auch gleich beschlossen werden.

Ins Ausland, nach der Erschließung zweier US-Banken seit Freitag, hat US-Präsident Biden die Sicherheit der Einlagen für amerikanische Bankkunden bekräftigt.

Die gesamten Einlagen würden durch den Staat gesichert heißt es.

Die Silicon Valley Bank in Kalifornien und die Signature Bank in New York sind zahlungsunfähig und werden derzeit von den Behörden weitergeführt.

Thomas Langpaul.

Als die Glocke des New York Stock Exchange Montag früh den Börsen-Tag einläutet, hatte der Präsident seine kurze Ansprache, auch schon wieder beendet.

Joe Biden hat sich mit einer Botschaft an die Öffentlichkeit gewandt.

Das Geld auf der Bank ist sicher.

Wegen der Maßnahmen, die die Regierung gesetzt hat, kann Amerika darauf vertrauen, dass das Bankensystem sicher ist.

Unternehmen, die ihr Geld auf der Bank haben können, aufatmen.

Es wird da sein, wenn sie Gehälter und Rechnungen bezahlen.

Obwohl diese Garantie über die gesetzliche Einlagensicherung von 250.000 Dollar je Anleger hinausgeht, werde sie aus diesem Topf bezahlt, sagt Joe Biden.

Der Steuerzahler werde nicht für die Unterstützung aufkommen müssen.

In der Silicon Valley Bank geht es um insgesamt rund 150 Milliarden Dollar, die Signature Bank in New York hat unversicherte Einlagen in Höhe von rund 70 Milliarden.

Mit der schnellen Hilfe will die Regierung verhindern, dass die Krise der beiden betroffenen Banken auch auf andere Institute ansteckend wirkt, viele Kunden gleichzeitig ihre Einlagen von kleinen und mittleren Banken abziehen.

Sowohl das Finanzministerium als auch die Zentralbank betonen, es handelt sich um keine Bankenrettung.

Gerettet werden bloß Privatpersonen und Firmen, die ihr Geld in den betroffenen Banken angelegt hatten.

Weder die Banken selbst, noch deren Aktionäre würden durch die gesetzlichen Maßnahmen gerettet werden.

Spürt man schon die Aktionäre von vielen anderen Banken, die Aktienkurse sind durchgehend gefallen.

Und der Zusammenbruch der Silicon Valley Bank löst Unruhe im Finanzsektor aus, einen Dominoeffekt in Europa oder Österreich, wie in der Finanzkrise halten heimische Finanzexperten aber für unwahrscheinlich.

Die Situation sei nicht vergleichbar und die Silicon Valley Bank nicht systemrelevant. Engleberger.

Die pleitegegangene Silicon Valley Bank in Kalifornien war eine Spezialbank, die sich auf die Finanzierung von Startups im Techbereich spezialisiert hat.

International sei die Bank jedoch nicht bedeutend gewesen, sagt Thomas Url vom Wirtschaftsforschungs-Institut.

Auch der Finanzexperte Peter Brezinski erwartet keine Verwerfungen auf den europäischen Finanzmärkten.

Weil sie keine Systemrelevante Bank ist, die anders als zur Finanz- und Wirtschaftskrise einen Dominoeffekt im Finanzsektor auslösen kann.

An den Börsen verlieren Bankaktien und Leitindizes heute trotzdem an Wert, der ATX etwa ist am Nachmittag mehr als 4% im Minus gewesen.

Für die Börse-Expertin Monika Rosen ist das jedoch kein Grund zur Besorgnis.

Dass solche Nachrichten für eine Verunsicherung natürlich an der Börse sorgen und insbesondere natürlich bei den Finanztiteln ist zwar jetzt bedauerlich, aber jetzt in dem Sinn auch nicht so ungewöhnlich, das sind wir aber von einer Veritable Krise noch sehr, sehr weit entfernt und die sehe ich auch nicht kommen.

Die britische SVB-Tochter ist jetzt von der Großbank HSBC übernommen worden.

In Deutschland hatten rund 300 Unternehmen-Einlagen bei der Bank, in ganz Europa waren es 3600 Unternehmen.

Auch Rosen rechnet nicht mit gravierenden Auswirkungen für Europa.

Ich würde die Auswirkungen jetzt auf die europäische oder vielleicht die kontinentale europäische Branche als sehr überschaubar.

In den USA hat die US-Regierung den Schutz aller Einleger angekündigt.

Eine staatliche Rettung schließt US-Finanzministerin Janet Yellen jedoch aus.

Die Einlagen bei der Silikonwelle Bank betragen zuletzt rund 212 Milliarden US-Dollar.

Corona-Krise, Ukraine-Krieg, um Krisen zu bekämpfen, haben Europas Regierungen Unsummen ausgegeben und ihre eigenen, strengen Schuldenregeln beständig ignoriert.

Nun beraten die Finanzminister der EU über eine mögliche Reform dieser Vorschriften.

Einige Eckpunkte sind bereits bekannt, aus Brüssel berichtet ihnen Benedikt Feichtner.

Künftig will die EU-Kommission mit den einzelnen Mitgliedsländern individuelle Pläne erarbeiten, um die Schuldenstände zu reduzieren.

Außerdem sollen öfter Strafen ausgesprochen werden, wenn sich EU-Länder nicht an die Regeln halten, das sei begrüßenswert, findet der deutsche Finanzminister Christian Lindner.

Deutschland ist absolut bereit, einen sogenannten blauen Brief zu akzeptieren.

Wenn es ein Defizitverfahren gegen Deutschland geben muss, weil das Recht das sagt, dann müssten wir das akzeptieren, dann fordern wir es geradezu ein.

Gemessen an der Wirtschaftsleistung darf die Gesamtverschuldung derzeit maximal 60 Prozent betragen, die Neuverschuldung maximal 3 Prozent.

Das soll auch so bleiben.

Einige Staaten fordern aber, dass Rüstungsausgaben in den kommenden Jahren aus der Berechnung herausgenommen werden, andere wollen Ausnahmen für Klimaschutzausgaben.

Beiden Forderungen kann Frankreichs Finanzminister Bruno Le Maire etwas abgewinnen.

Sind die derzeitigen Regeln ausreichend?

Natürlich nicht.

Die Situation hat sich seit der Pandemie radikal geändert.

Die Schuldenstände unter den Mitgliedstaaten unterscheiden sich stark.

Jetzt ist die EU-Kommission am Zug, einen konkreten Gesetzesvorschlag vorzulegen.

Bis Ende des Jahres wollen sich EU-Kommission, Parlament und Mitgliedsländer auf eine Reform der 30 Jahre alten Schuldenregeln einigen.

In Peking ist heute der nationale Volkskongress zu Ende gegangen, bei dem Xi Jinping eine weitere Amtszeit als Präsident erhalten hat.

Außerdem konnte er weitere wichtige Posten mit Gefolgsleuten besetzen und damit seine Macht ausbauen.

Das Militär will Xi massiv aufrüsten.

Aus Peking berichtet unser China-Korrespondent Josef Dollinger.

Lange Jahre hat Xi Jinping seine Absichten verborgen gehalten, aber jetzt mit einer Machtfülle ausgestattet, wie sie seit Mao Zedong niemand mehr hatte in China.

Jetzt scheint er Klartext zu sprechen, in seiner Abschlussrede zum Volkskongress.

Wir sollten die Modernisierung der Streitkräfte an allen Fronten vorantreiben, sagt Xi Jinping, und sie zu einer großen Mauer aus Stahl aufbauen, die in der Lage ist, nationale Souveränität und Sicherheit wirksam zu verteidigen.

Dieser Mann hat noch viel vor, das kann man kaum überhören, und der nationale Volkskongress hat ihm alle Wünsche erfüllt.

Sein Wunschpersonal, mehr Einfluss der Parteien der Ministerien und die zusätzliche Amtszeit.

Xi Jinping kann zufrieden sein.

Sein neuer Regierungschef Li Jiang hingegen klang heute weniger marzialisch.

Um die Wirtschaft wieder anzukurbeln, umgarnte er Investoren aller Art.

Fürchtet euch nicht, ruft er ihnen symbolisch zu, in China gebe es viel Geld zu verdienen.

Ein Hoffnungsschimmer auch für ausländische Investoren.

Wie der strenge Xi und der Werbende Li zusammenarbeiten werden, das muss sich erst in den nächsten

Jahren herausstellen.

Aber allen Menschen hier ist klar, wer die Nummer 1 in China ist und wer die Nummer 2.

Und das wird auch die Wirtschaft akzeptieren müssen.

Die letzte große Warnhaushalte in Deutschland, Galeria Kastat Kaufhof setzt rigoros den Rotstift an.

40 Prozent der Standorte sollen geschlossen werden, das sind insgesamt 52 Filialen, heißt es vom Betriebsrat.

Tausende Mitarbeiter dürften ihren Arbeitsplatz verlieren, die Kette gehört der Siegener Holding des Tiroler Investors René Benko, er hat sie vor knapp vier Jahren übernommen.

Andreas Jolie.

Bei Galeria Kastat Kaufhof kriselt es schon länger, jetzt greift die Geschäftsführung hart durch.

52 der 129 Warnhäuser sollen zuspüren, teilt heute der Betriebsrat mit, spricht von einem Rabenschwarzen Tag, mehr als 5000 Mitarbeiter und droht die Kündigung.

Es ist allerdings schon länger klar, dass es zu grüberein Einschnitten kommt, denn die Kaufhauskette ist im Herbst bereits zum zweiten Mal in ein Schutzschirm Insolvenzverfahren geschlittert, muss er sich deshalb zu einem strengen Sanierungsplan verpflichten.

Bereits 2020 war es ähnlich, auch da wurden schon Filialen geschlossen und Mitarbeiter entlassen.

Zudem hat die Warnhaushalte während der Corona-Pandemie staatliche Unterstützung von fast 700 Millionen Euro bekommen, wie sich jetzt zeigt, ohne wirklichen Erfolg.

Jetzt will der Warnhauskonzern die verbleibenden 77 Filialen modernisieren, das Angebot vor allem auf die Bereiche Bekleidung, Schönheitspflege und Wohnaccessoires konzentrieren.

Beim Verkauf von Warn im Internet arbeiten viele Anbieter mit Tricks, von falschen Countdowns bis zur simulierten Knappheit, mit manipulativen Praktiken sollen Kunden Aufmerksamkeit und Geld entlockt werden.

Die Arbeiterkammer hat dazu Online-Shops unter die Lupe nehmen lassen und fordert strengere gesetzliche Regeln, vor allem auf EU-Ebene, Fabian Graber berichtet.

Eine tickende Uhr mit der Zeit bis zum angeblichen Ende eines Angebots, nicht ausgewählte Produkte

im Warnkorb, mit sogenannten Dark Patterns sollen Menschen dazu gebracht werden, beim Online-Shopping mehr Geld auszugeben.

Online-Expertin Luise Beltung hat im Auftrag der Arbeiterkammer mehrere Webshops untersucht. Schützen kann vor allem mehr Aufmerksamkeit, sagt die Expertin.

Erweiterungen im Browser, etwa für mehr Privatsphäre, seien nicht immer treffsicher.

Die Arbeiterkammer fordert strengere Gesetze auf EU-Ebene, die unlautere Praktiken beim Online-Kauf verbieten.

Gleich 18.20 Uhr, Gary Linecker kehrt auf den Bildschirm zurück, nach der kurzfristigen und auch nur kurzzeitigen Absetzung des beliebten britischen Sportmoderators kündigt die BBC heute an, dass Linecker ab kommenden Wochenende wieder die Sendung Match of the Day präsentieren wird.

Gegen seine Absetzung wegen eines regierungskritischen Tweets hat es heftige Proteste gegeben. Fabio Poli

Gary Linecker wird sich vorläufig an die Social-Media-Richtlinien der BBC halten, bis diese Richtlinien

von unabhängiger Seite untersucht wurden.

Darauf hat man sich laut BBC-Generaldirektor Tim Davis geeinigt.

Es ist, dass zwischen jetzt und wenn die Reviews beraten werden, Gary wird von den Editorien abgebildet.

Weil Linecker sich mit seinem Tweet angeblich nicht an diese Richtlinien gehalten hat, wurde er vorige Woche kurzerhand abgesetzt, was Proteste, einen solidarischen Boykott der Sendungsmitarbeiter und eine chaotische Fußballsendung nach sich zog.

Linecker hatte die konservative britische Regierungspolitik gegenüber Bootsflüchtlingen als unermesslich

grausam bezeichnet und das Vokabular als nicht unähnlich der in den 1930er Jahren in Deutschland genutzten Sprache.

Eine Entschuldigung, wie sie von dutzenden Hinterbänke an der regierenden konservativen Partei gefordert wurde, gibt es nicht.

Ausgestanden ist der Fall vor allem für die BBC aber noch nicht.

Es lag der Verdacht in der Luft.

Die BBC habe in vorauseilemendem Gehorsam politischer Intervention den Weg gebannt.

Auf dem Spiel stehen die Glaubwürdigkeit des öffentlich-rechtlichen britischen Senders und seine Unparteilichkeit.

Denn als Linecker bei der vergangenen Fußball-Weltmeisterschaft Ahern in Qatar die dortige Regierung kritisierte,

gab es von der BBC keine negative Reaktion.

Viele stellen sich deshalb die Frage, ob Linecker wohl auch suspendiert worden wäre, hätte er sich nicht gegen die offizielle britische Flüchtlingsregierungslineie gestellt, sondern sie verteidigt.

Und großes Kino statt großer politischer Botschaften und ein klarer Favoritensieg.

So lautet die Bilanz der 95.

Oscar-Verleihung unangefochten an der Spitze des Abendstand mit 7 Oscars der Science-Fiction-Film

Everything, Everywhere, All at Once, bis der Hauptdarstellerin wurde die 60-jährige Michelle Yeo, Judith Hoffmann, fast zusammen.

Wenn alles überall gleichzeitig passiert, ist es nur ein Wimpernschlag von der furiosen Steuervanderin, ins Existenz bedrohte Paralleluniversum und von der chaotischen Wäscherei-Besitzerin

zur Superheldin.

I'm here because we need your help.

And the Oscar goes to everything, everywhere.

Bester Film, beste Regie, bestes Originaldrehbuch, bester Schnitt und 3 von 4 Darstellerpreisen lautet die Bilanz des Favoritensiegers, bester internationaler Film wurde die deutsche Roman-Verfilmung im Westen nichts Neues, die insgesamt 4 Oscars erhielt.

Die neue Liegende an die Kriegsbotschaft in der Dankesrede blieb ebenso aus wie sonstige politische Anspielungen, stattdessen wurden die Vielfalt des Kinos und die eigenen Wurzeln gefeiert.

Die aus Malaysia stammende Michelle Yeo sah ihren Oscar als Symbol für alle Kinder,

die aussehen wie sie und der preisgegrönte Nebendarsteller Kehu Ikhwan verweß auf seine Fluchterfahrung als vietnamesisches Kind.

Bester Hauptdarsteller wurde Brandon Fraser für The Whale, die Meldungen hat Andreas Lichner.

Die jüngste Rede von Kanzler Karl Nehammer zur Zukunft Österreich stößt beim grünen Koalitionspartner auf Kritik, Clubchefin Sigrid Maurer etwas sagt heute, sie habe an der Rede nichts Visionäres erkennen können, vor allem was die Klimakrise betreffe.

Maurer spricht von einer rückwärtsgewandten und fossilen Perspektive, trotzdem werde man an der Koalition mit der ÖVP festhalten.

Kanzler Nehammer ergänzt die Zusammenarbeit mit den Grünen sei nach wie vor sehr gut, deshalb werde man die Legislaturperiode gemeinsam mit den Grünen bis 2024 fertig dienen.

Nach der Landtagswahl in Niederösterreich schreiten die Sondierungsgespräche zwischen ÖVP und Freiheitlichen voran, aufgrund des mangelnden Vertrauen sei eine Zusammenarbeit aber nicht fixer Klang des Hauptfrau und ÖVP-Chef in Johanna Mikkel Leitner.

FPÖ Niederösterreich-Chef Udo Landbauer fordert eine Kehrtwende bei der Corona-Politik.

Die ursprünglichen Sondierungsgespräche zwischen ÖVP und den Sozialdemokraten wurden in der Vorwoche wegen unüberwindbarer Differenzen abgebrochen.

Papst Franziskus hat heute den zehnten Jahrestag seines Pontifikats begangen, Franziskus wurde am 13. März 2013 zum Nachfolger des damals zurückgetretenen deutschen Papst des Benediktes 16. zum Oberhaupt der katholischen Kirche gewählt.

Zu seinem Jubiläum hat der Papst mehrere Interviews gegeben, außerdem haben zahlreiche Würdenträger dem Papst gratuliert, darunter die europäischen Bischöfe sowie der russische Patriarch Kirill.

Das Wetter morgen in Österreich, zeitweise regen und windig bei 6 bis 13 Grad.

Danke schön, Sascha Schänold, Martina Peccele und Christine Tönige-Frenkenberger, ihr Journalteam

wünscht Ihnen einen angenehmen Abend.

Hier geht es jetzt weiter mit Monika Feldner-Zimmermann.

Ö1-Journal-Panorama Guten Abend.

Seit genau 10 Jahren ist Papst Franziskus Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche.